Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

24.11.1993 - Beschlußprotokoll 41. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
41. Sitzung
24. 11. 93
Nr. 13/604 — 13/615

Nr. 13/604

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio", zu dem Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland über die Überleitung von Rechten und Pflichten des Deutschlandfunkes und des RIAS Berlin auf die Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio" — Hörfunk-Überleitungsstaatsvertrag — und zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes
   Mitteilung des Senats vom 31. August 1993
   (Drucksache 13/631)

2. Sanierungsprogramm — Erste Fortschreibung des Zeit- und Maßnahmenkatalogs zum Investitionssonderprogramm
   Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1993
   (Drucksache 13/664)

3. Planungen für das Jahr der Familie
   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 15. Oktober 1993
   (Drucksache 13/668)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 24. November 1993
   (Drucksache 13/714)

4. „Sommersmog-Verordnung"
   Große Anfrage der Fraktionen der FDP, der SPD und DIE GRÜNEN
   vom 19. Oktober 1993
   (Drucksache 13/669)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 9. November 1993
   (Drucksache 13/692)

Nr. 13/605

Fragestunde

1. Umschreibung von Führerscheinen
   Anfrage der Abgeordneten Neumeyer, Kudella und Fraktion der CDU vom 20. Oktober 1993

2. Ungesunde Krankenhauskost
   Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein, Christine Bernbacher (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 25. Oktober 1993

3. Aufruf zur Bewaffnung
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 29. Oktober 1993

4. Verjährung
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 29. Oktober 1993

5. Atommülltransporte durch Bremen/Bremerhaven
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 1. November 1993

6. Ansteckung mit Aids durch Blutprodukte (Nachfrage)
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 3. November 1993

7. Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven und Deputation für Häfen, Schiffahrt und Außenhandel — Einsparung
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 3. November 1993

8. Asylbewerber
   Anfrage der Abgeordneten Weidenbach, Marion Blohm und Gruppe der DVU vom 8. November 1993

9. Aids-Skandal
   Anfrage der Abgeordneten Marion Blohm und Gruppe der DVU vom 8. November 1993

10. Zeitgenössische „Kunst"
    Anfrage der Abgeordneten Elfriede Budina, Marion Blohm und Gruppe der DVU vom 8. November 1993

11. Polizeiliche Sicherheitskräfte / Werder Bremen
    Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 8. November 1993

12. Hafenwirtschaftliche Rivalitäten zwischen Bremerhaven und Cuxhaven
    Anfrage des Abgeordneten Schramm (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 8. November 1993

13. Rechtmäßigkeit der „Freihändigen" Vergabe der Planung und des Baus eines Institutsgebäudes für die Universität Bremen an einen Generalübernehmer
    Anfrage der Abgeordneten Focke, Kudella und Fraktion der CDU vom 8. November 1993

14. Freiwilliges ökologisches Jahr
    Anfrage der Abgeordneten Monika Harms, Kudella und Fraktion der CDU vom 8. November 1993

15. Scientology in Bremen
    Anfrage der Abgeordneten Eckhoff, Kudella und Fraktion der CDU vom 9. November 1993

16. Sonderermittlungsgruppe „Mehrfachidentität / Sozialhilfebetrug"
    Anfrage der Abgeordneten Neujahr, Welke und Fraktion der FDP vom 9. November 1993

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

17. Förderung von anerkannten Betreuungsvereinen
    Anfrage der Abgeordneten Annegret Pautzke, Welke und Fraktion der FDP vom 11. November 1993

18. Freistellung von Personalratsmitgliedern
Anfrage der Abgeordneten Neujahr, Welke und Fraktion der FDP vom 11. November 1993

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

19. Sporthallen auf dem Carl-Schurz-Gelände
Anfrage der Abgeordneten Janke, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 15. November 1993

Die Anfrage wird zurückgezogen.

Nr. 13/606

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Bürger, Kudella und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Existenzsicherung der Privatschulen".

Nr. 13/607

Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen
Mitteilung des Senats vom 31. August 1993
(Drucksache 13/634)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/608

Rechtsextremismus als politische Herausforderung
Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der CDU vom 22. November 1993
(Drucksache 13/707)

1. Die Ausweitung von Wohnungsnot, Angst vor Arbeitslosigkeit, Probleme in der Schule und in der Familie sowie Abstiegsängste können die Ausbreitung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit weiter begünstigen.

   Die anhaltende rechtsextremistische Gewalt, das dreiste Auftreten neonazistischer Organisationen in der Öffentlichkeit, die Enttabuisierung von NS-Symbolen sowie die Stimmergebnisse rechter Parteien zuletzt in Hamburg sind ein Alarmsignal und stellen zugleich eine politische Herausforderung für alle Demokraten dar.

2. Die Angriffe auf ausländische Menschen, Obdachlose, Homosexuelle, Behinderte, auf Gedenkstätten und jüdische Friedhöfe sind zugleich Angriff gegen unseren demokratischen Rechtsstaat und das verfassungsmäßige Recht auf Leben, Unversehrheit und Menschenwürde. Es ist die Pflicht aller staatlichen Organe, mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln die Menschen in unserem Land zu schützen, rechtsextremistische Gruppen und Organisationen zu bekämpfen und geeignete präventive Maßnahmen zur Verhinderung derartiger Anschläge und Übergriffe zu ergreifen.

   Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Maßnahmen des Senats zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund sind konsequent zu verfolgen und zügig aufzuklären.

3. Eine Verschärfung des Strafrechts und des Jugendstrafrechts stellt lediglich eine Scheinlösung des Problems des Rechtsextremismus dar.

   Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Einstellungen und Parolen muß vielmehr stärker als bisher im politischen Bereich geführt werden. Neben der Politik tragen Eltern und Schulen, Kirchen, Gewerkschaften und andere Verbände, insbesondere auch die Medien eine große gesellschaftliche Verantwortung.

   Daher begrüßt die Bürgerschaft (Landtag) die in der Vergangenheit durchgeführten Aktionen und Veranstaltungen von Bürgern und Bürgerinnen, Schülern und Schülerinnen, Sportvereinen, ausländischen Kulturvereinen, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Kulturgruppen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert alle an der politischen Willensbildung Beteiligten auf, sich selbst dahingehend zu überprüfen, ob sie durch ihr Verhalten Mitverantwortung an der rechtsextremistischen Entwicklung tragen.

   Die Bürgerschaft (Landtag) fordert ferner den Senat auf, Bundesratsinitiativen zu unterstützen, die eine Tatbestandspräzisierung hinsichtlich der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, ausländerfeindlicher Hetze und der Volksverhetzung zum Gegenstand haben.

5. Staatliche Einrichtungen sind nur sehr begrenzt in der Lage, fehlende Geborgenheit und Zusammengehörigkeit in der Familie zu ersetzen. Gleichwohl wachsen der Schule und den Einrichtungen der Jugendpflege immer mehr die Aufgabe zu, Kindern und Jugendlichen soziale Bezüge und Orientierungen zu vermitteln.

   Von der Erwachsenenwelt vermittelte Vorurteile gegen Ausländer werden durch Kennenlernen, persönliche Freundschaften und Verständnis füreinander abgebaut. Der Bericht des Senats über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vom 31. August 1993 belegt, daß derartige Anstrengungen im Bildungs- und Jugendbereich hilfreich waren. Insbesondere hat sich als vorteilhaft erwiesen, daß

   - Projekte und Schulfahrten darauf abzielen, das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern einzuüben,
   - muttersprachlicher Unterricht angeboten wird,
   - Sprachförderung und integrationshilfen für Ausländer bestehen,
   - Schüler- und Jugendfahrten beispielsweise in die Türkei stattfinden,
   - unterschiedliche Ansätze der offenen Jugendarbeit mit Deutschen und Ausländern in den Stadtteilen entwickelt und verwirklicht worden sind,
   - Ansätze der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen durchgeführt werden.

   Diese Maßnahmen müssen abgesichert und weiterentwickelt werden, darüber hinaus sind weitere Anstrengungen zu unternehmen, immer noch auftretenden Fremdenhaß und bestehende rechtsextreme Einstellungen abzubauen. Für die Bereiche Bildung und Jugend sind insbesondere folgende Maßnahmen zu unterstützen:

   - Schüler- und Jugendaustauschprogramme mit Partnerstädten,
   - Einrichtung eines deutsch-türkischen Jugendwerks,
   - Betriebspraktika für Berufsschüler und -schülerinnen im europäischen Ausland,
   - Bau- und Wohnprojekte für arbeits- und wohnungssuchende Jugendliche verschiedener Nationen,
   - vermehrte Einstellung ausländischer Fachkräfte in den bremischen öffentlichen Dienst,
   - Ausdehnung des „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt" der Bundesregierung auch auf die alten Bundesländer.

Nr. 13/609

Rückgang der Asylbewerberzahlen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. Oktober 1993
(Drucksache 13/655)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/610

Fortschreibung des Unterbringungskonzeptes für Zuwanderer
Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 22. November 1993
(Drucksache 13/709)

Die veränderte Rechtslage und die voraussichtlich auch weiter sinkenden Zahlen von Asylbewerbern erfordern eine Neukonzeption der Zuwandererunterbringung in der Stadtgemeinde Bremen.

Die Unterbringungskonzeption muß sowohl für Aussiedler/innen als auch für Asylbewerber/innen und Bürgerkriegsflüchtlinge gelten und auch schwankende Bedarfe kurzfristig und zeitnah berücksichtigen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat deshalb auf, auf der Basis der Erfahrungen mit der Änderung des Artikels 16 GG, mit dem geänderten Asylverfahrensgesetz und dem neu geschaffenen Asylbewerberleistungsgesetz eine neue Unterbringungskonzeption bis zur Sommerpause 1994 vorzulegen.

Dabei ist — bei Fortdauer des Asylbewerber/innenrückgangs — von folgenden Grundsätzen auszugehen:

- Asylbewerber/innen im „verkürzten Verfahren" sind in Gemeinschaftsunterkünften der zentralen Aufnahmestellen (ZAST) unterzubringen.
- Im ersten Jahr des Verfahrens sind Asylbewerber/innen anschließend in Gemeinschaftsunterkünften mit Gemeinschaftsverpflegung (§ 3 Abs. 1 Asylbewerberleistungsgesetz) unterzubringen und zu betreuen.
- Nach 12 Monaten bei absehbar längerem Aufenthalt in Bremen sollen Wohnungen und Selbstverpflegung als Unterbringungsform bevorzugt werden.

Dabei sind die Vorgaben der asylrechtlichen Regelungen zu beachten und die örtlichen Bedingungen in Bremen, die vorhandenen Unterbringungskapazitäten sowie die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt zu berücksichtigen.

Für unbegleitete Jugendliche, für alleinstehende Frauen und für Frauen mit Kindern soll ein spezifisches Angebot vorgehalten werden.

Nr. 13/611

Keine Verschärfung des Jugendstrafrechts
Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 12. Oktober 1993
(Drucksache 13/659)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt Bestrebungen ab, das Jugendstrafrecht mit dem Ziel zu ändern, Jugendstrafen zu verschärfen und junge Täter ab 18 Jahren nach dem Erwachsenenrecht zu bestrafen.

Weder die Obergrenze der Jugendstrafe noch die Möglichkeit, das Jugendstrafrecht grundsätzlich auch auf Heranwachsende anzuwenden, sind in den 40 Jahren der Existenz dieser Vorschriften in Frage gestellt worden. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß sich das Jugendstrafrecht in seiner derzeitigen Fassung bewährt hat.

Bei jungen Menschen muß im Strafrecht der Erziehungsgedanke Vorrang haben. Dies gilt auch für Heranwachsende, die in ihrer sittlichen und geistigen Entwicklung noch einem Jugendlichen gleichstehen.

Im Gegensatz zum Erwachsenenstrafrecht bietet das Jugendstrafrecht die Chance, das Strafverfahren für die Initiierung von Lernprozessen zu nutzen. Der Katalog der Möglichkeiten, auf kriminelles Unrecht junger Menschen zu reagieren, ist nach dem Jugendstrafrecht — beispielsweise mit Weisungen, Auflagen, sozialen Trainingskursen, Täter-Opfer-Ausgleich — ungleich größer und effizienter als die starren Strafmöglichkeiten des Strafgesetzbuchs.

Soweit es wegen der Schwere der Straftat sowie der Schuld und Gefährlichkeit des Täters unabdingbar ist, kann bei Jugendlichen Freiheitsentzug bis zu 10 Jahren, bei Heranwachsenden unter Anwendung von Erwachsenenrecht 15 Jahre Freiheitsstrafe angeordnet werden. Dies ist völlig ausreichend. Wichtiger ist, bei extremistischen Gewalttaten den politischen Hintergrund aufzuhellen sowie die gesellschaftlichen Faktoren zu erforschen, die für die Zunahme insbesondere gewalttätiger Straftaten von jungen Menschen verantwortlich sind.

Nr. 13/612

Bericht über den Stand und die Perspektiven der Zusammenarbeit in der NEUE HANSE INTERREGIO (NHI) — Jahresbericht 1993

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1993
(Drucksache 13/665)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/613

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Sport

Der Wahlvorschlag wird zurückgezogen.

Nr. 13/614

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für das Bauwesen

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, daß das Mandat von

Herrn Reinhard L ü t j e n (DVU)

in der staatlichen Deputation für das Bauwesen zum 30. November 1993 erlischt.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt zum 1. Dezember 1993

Herrn Frank S c h m i d t (NK)

anstelle des Deputierten Reinhard Lütjen (DVU) zum Mitglied der stattlichen Deputation für das Bauwesen.

Nr. 13/615

Hilfe für Kriminalitätsopfer in Bremen/Bremerhaven

Antrag (Entschließung) der Gruppe der NK
vom 25. Oktober 1993
(Drucksache 13/673)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Druck: Hans Krohn, Bremen